Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 23. Juli 2009
Ausgabe 137

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **4**
› Glückwünsche für Asta Scheib zum 70. Geburtstag 4
› Wirtschaftsjunioren bringen Wirtschaftswissen an die Münchner Schulen 4
› Elternbrief für Familien mit behindertem Kind 5
› Stadtteilwoche Feldmoching-Hasenbergl-Nordhaide-Hart 6
› Infoabende zu gemeinschaftsorientierten Wohnprojekten und Fördermitteln zur Energieeinsparung 7
› Kranzniederlegung am Grab von Professor Otto Hierl-Deronco 8
Antworten auf Stadtratsanfragen **9**
› Einstellungsstop und Kündigungen bei den Münchner Verkehrs- 9
betrieben 9
› Flüsterasphalte 14

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **18**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Freitag, 24. Juli, 12.30 Uhr,
Gasteig, Rosenheimer Straße 5, Foyer 2. Obergeschoss
Dr. Susanne May, Programmdirektorin der Münchner Volkshochschule (MVHS), Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner, Gudrun Brunner, Sozialreferat der Landeshauptstadt München, Martin Janke, Geschäftsführer der SWM Bildungsstiftung, und Cumali Naz, Vorsitzender des Ausländerbeirats der Landeshauptstadt München, nehmen an der Zeugnisverleihung der Lehrgänge Quali und Mittlere Reife der Münchner Volkshochschule teil. Für Fragen stehen auch Absolventinnen und Absolventen der Lehrgänge zur Verfügung.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung
Freitag, 24. Juli, 15.30 Uhr,
Clarita-Bernhard-Straße 25, Gewerbegebiet Freiham
Kurt Kapp, Stellvertreter des Referenten für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, spricht Grußworte zur Eröffnung des neuen Münchner Firmensitzes des Unternehmens Endress + Hauser im Gewerbegebiet Freiham. Das Unternehmen gehört zu den ersten, die ihren Betrieb im neuen Technologiepark in Freiham aufnehmen.

Samstag, 25. Juli, zirka 20 Uhr, Platz an der Alten Messe, Bavariapark
Oberbürgermeister Christian Ude spricht Grußworte zur Eröffnung des 10. Musikfestivals „Oben ohne Open Air“ des Kreisjugendrings München-Stadt.

Montag, 27. Juli, 14 Uhr,
Oberanger 32, 6. Stock (Gebäude Bayerischer Bauindustrieverband)
Oberbürgermeister Christian Ude informiert über das Ergebnis des Kunstwettbewerbs „Denkmal für Kurt Eisner“. Die Entscheidung trifft eine Jury aus Stadtratsmitgliedern und Kunstexperten. Der Münchner Stadtrat hatte am 25. Juni 2008 entschieden, für den Gründer des Freistaats Bayern und ersten bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner (1867 - 1919) ein Denkmal in der Münchner Innenstadt zu errichten. Als Standort wurde der Oberanger ausgewählt.

Das Baureferat zeigt die eingereichten Arbeiten ab Mittwoch, 29. Juli, bis einschließlich Freitag, 7. August, in der Halle des Technischen Rathauses, Friedenstraße 40 (Montag bis Freitag von 9 bis 20 Uhr).

Dienstag, 28. Juli, 9 Uhr, Rathaus, Raum 203
Bürgermeister Hep Monatzeder begrüßt Sidiki Belem aus dem westafrikanischem Burkina Faso zu einem Gespräch im Rathaus. Mit der Gründung der Wend Raabo-Schule in Niokoi ermöglichte Belem sozial schwachen Familien sowie Waisenkindern die Schulbildung.
Sidiki Belem, der neben der Tätigkeit als Schuldirektor auch Abgeordneter im Parlament für die „Groupe parlementaire de l'Alliance pour la Démocratei et la Fédération Rassemblement Démocratique Africain" ist, engagiert sich außerdem für den Münchner Verein „Wunschträume/Netzwerk für Mädchen- & Frauenprojekte e.V." als Projektleiter im Norden von Burkina Faso für ein Ausbildungszentrum für Frauen.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Dienstag, 28. Juli, 11 Uhr, Pfistermeisterstraße 9
Stadtrat Robert Brannekämper (CSU) gratuliert der Münchner Bürgerin Alberta Steuber im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 30. Juli, 19 Uhr,
Sitzungsraum der BA-Geschäftsstelle Süd, 4. Stock, Implerstraße 9
Sitzung des Bezirksausschusses 6 (Sendling).

Donnerstag, 30. Juli, 19.30 Uhr,
Gaststätte „Goldener Stern", Gartenstadtstraße 6
Sitzung des Bezirksausschusses 15 (Trudering - Riem).

Meldungen

Glückwünsche für Asta Scheib zum 70. Geburtstag
(23.7.2009) Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert Asta Scheib zum bevorstehenden 70. Geburtstag: „Glauben tu ich's nicht, aber da hier schwarz auf weiß steht, dass Du nun Deinen 70. Geburtstag feierst, nehme ich es halt hin und gratuliere Dir – auch im Namen des Stadtrats der Landeshauptstadt München – sehr herzlich!
‚Welch ein großes Werk hätte ich schreiben können, wenn nicht Söhne, Schwiegertöchter, Ehemänner, Stiefkinder, Patenkinder und große, wollige Hunde mich lebenslang daran gehindert hätten'. Auch diese augenzwinkernde kleine Koketterie nehmen wir hin, wissend, dass Dein unstillbares Interesse am Leben Deiner Mitmenschen ebenso stark ist wie Deine ‚wahnsinnige Schreiblust' und dass beides zusammen dann eben doch ein eindrucksvolles (und erfolgreiches!) Werk hervorgebracht hat: Romane vor allem, mit historischer und zeitgenössischer Thematik, aber auch Lyrik, Sachbücher, Drehbücher und Essays.
Dein Drang und Deine Begabung, dem Leben erzählend auf die Spur zu kommen, hat nicht nur viele literarische Werke entstehen lassen, sondern auch wichtige Freundschaften begründet, unter anderem mit Rainer Werner Fassbinder, Wolfgang Koeppen, Thomas Bernhard, Herbert Riehl-Heyse. Man vertraut Dir seine Geschichte(n) an, die Du liebevoll und klug in Worte fasst. Falls Du es nicht, wie so oft, vorziehst, sehr lebendige und wirklichkeitsnahe Fantasiegestalten in die Welt zu setzen oder den Blick in die Vergangenheit zu richten und vergessene Lebensläufe und -erfahrungen literarisch zu gestalten.
Es ist ‚ein Laster, einer solchen Erzählfrau zu verfallen und die Sprachsiege zu genießen', sagte Martin Walser. Ein schönes Laster. Wir frönen ihm nur allzu gern.
Ich wünsche Dir weiterhin Glück, Gesundheit und noch viele frohe Jahre inmitten von Zeitungen, Manuskripten und Büchern und umringt von großen, wolligen Hunden, der Familienbande und vielen Freunden."

Wirtschaftsjunioren bringen Wirtschaftswissen an die Münchner Schulen
(23.7.2009) Drei Tage lang hatten die Münchner Wirtschaftsjunioren jetzt die Möglichkeit, Einblick in die städtischen Referate und in die Stadtpolitik zu bekommen und mit den Referenten sowie den Fraktionsvorsitzenden ins Gespräch zu kommen. Ziel des Know-how-Transfers mit dem Münch-

ner Stadtrat ist es, das gegenseitige Verständnis zwischen Politik und Wirtschaft zu fördern.
In diesem Rahmen wurden zwei Projekte beschlossen, die den Münchner Schülern zugute kommen: Das Wissensquiz „Wirtschaftswissen im Wettbewerb" dreht sich rund um Fragen zu Wirtschaft, Unternehmen, Ausbildung und Allgemeinbildung. Teilnehmen können Schülerinnen und Schüler der neunten Klassenstufen aller allgemein bildenden Schulen. Das Quiz ist von den Wirtschaftsjunioren Deutschland entwickelt worden, um Wirtschaftswissen in die Schulen zu bringen. „Wenn wir mit Schülerinnen und Schülern sprechen, dann stellen wir oft fest, dass Unternehmertum und Wirtschaft keine Themen im Unterricht sind", erläutert Christiane Mohr, Pressesprecherin der Wirtschaftsjunioren München. „Mit unserem Quiz geben wir den Lehrern einen Aufhänger, der für die Schüler interessant ist." Als Nebeneffekt erreiche man, dass sich die Schüler mit den Themen befassen, die auch bei Einstellungstest abgefragt werden.
Im vergangenen Jahr haben über 60.000 Schülerinnen und Schüler aus ganz Deutschland teilgenommen.
Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner begrüßt diese Vorhaben sehr: „Gerne unterstützen und begleiten wir diese Projekte. Es ist außerordentlich wichtig, die Verbindung Schule - Wirtschaft zu pflegen".
Im Rahmen des zweiten Projektes werden Wirtschaftsjunioren im Rahmen zweitägiger Workshops den Schülern Erfahrungen und Wissen aus den Bereichen Wirtschaft und Unternehmertum näherbringen. „Durch die aktuelle Wirtschaftskrise leidet das Bild des Unternehmers stark. Die Versäumnisse, die in Großkonzernen geschehen sind, dürfen jedoch nicht für alle Unternehmer verallgemeinert werden. Daher geht es uns darum, den Begriff des verantwortlichen Unternehmers durch unseren persönlichen Einsatz mit Leben zu füllen", so Mohr.

Elternbrief für Familien mit behindertem Kind

(23.7.2009) Die Fachstelle Elternbriefe und Elterninformation des Stadtjugendamtes im Sozialreferat hat einen Sonderbrief herausgegeben, der sich an Eltern wendet, die ein behindertes Kind haben. Zu akzeptieren, dass das eigene Kind so ist, wie es ist, ist ein Entwicklungsprozess, der vielen Eltern schwer fällt. Diese Sonderausgabe der Elternbriefe unterstützt die Familien bei diesem Prozess. Es werden die wichtigsten Fragen und Gedanken behandelt, die Eltern in dieser Lebensphase beschäftigen. Ergänzt wird die Broschüre durch ein ausführliches Adressverzeichnis von Institutionen, die Eltern mit einem behinderten Kind weitergehende Unterstützung bieten. Sie kann unter *elterninformation.soz@muenchen.de* oder Telefon 2 33-4 99 88 bestellt werden. Sämtliche Elternbriefe und Son-

derbriefe sind außerdem im Internet abrufbar unter *www.muenchen.de/elternbriefe.*
Die Elternbriefe haben Tradition beim Stadtjugendamt München: Seit mehr als 40 Jahren werden sie kostenfrei an Münchner Familien verschickt. Seit Anfang Juli können die Münchner Eltern den Postversand der Elternbriefe auch unter *www.muenchen.de/elternbriefe* in der Rubrik „Servicebereich für Münchner Eltern" abbestellen und künftig online lesen.

Stadtteilwoche Feldmoching-Hasenbergl-Nordhaide-Hart
(23.7.2009) Auf Einladung der Bezirksausschüsse 11 und 24 fand nach den Jahren 1999 und 2003 in diesem Jahr vom 3. bis 10. Juli die gemeinsam mit dem Kulturreferat ausgerichtete Stadtteilwoche in Feldmoching-Hasenbergl-Nordhaide-Hart statt. An der Kulturwoche beteiligten sich 180 Vereine, Institutionen, soziale und kirchliche Einrichtungen, Einzelkünstlerinnen und -künstler und Künstlergruppen mit 135 Einzelveranstaltungen an 43 verschiedenen Spielorten. Zirka 12.000 Besucherinnen und Besucher nahmen die bei freiem Eintritt angebotenen Veranstaltungen wahr. Leider begleitete schlechtes Wetter die gesamte Woche, so dass nicht alle Open-Air-Veranstaltungen stattfinden konnten.
Der als zentraler Veranstaltungsort, mit Zelten und Gastronomie, ausgestattete Festplatz am Dülferanger sowie die weiteren im Stadtviertel als Spielort genutzten Einrichtungen wurden zu von den Besuchern gut angenommenen Orten für Kunst und Kultur. Zu den musikalischen und kabarettistischen Highlights im Hauptzelt zählten die Auftritte von „Stefan Zinner & Band", „Embryo", Christian Springer, „Beier Solo", Christian Überschall, „Lizzy Aumeier & die weißen Lilien", „Mark'n Simon" und Helmut Schleich. Aber auch die Künstler und Künstlerinnen aus dem Stadtteil konnten sich zum Beispiel beim „Feierabendtreff" vor einem breiten und aufgeschlossenen Publikum erfolgreich präsentieren.
Am Wochenende zeigten bei der großen KulturDult am Zeltplatz am Dülferanger die verschiedenen Vereine, Institutionen, sozialen und kirchlichen Organisationen aus Feldmoching, dem Hasenbergl, der Nordhaide und dem Hart mit Infoständen, Aktionen und kurzen Bühnenprogrammen einen Einblick in die Vielfalt und Bandbreite ihrer Aktivitäten im Viertel.
Neben den bereits eingeführten kulturellen Veranstaltungsorten im Viertel, wie zum Beispiel der Stadtbibliothek Harthof und Hasenbergl, dem Wohnstift Augustinum, der Katholischen Jugendstelle Feldmoching und dem Kinder- und Jugendraum „RIVA nord" konnten auch neue Räume für die Kultur erschlossen werden: In der Gaststätte „Eschengarten" zum Beispiel wurde ein bayrischer Hoagartn abgehalten, Münchner Volkssängerlieder und Couplets vorgetragen, und der Förderverein Bayrische Sprache infor-

mierte über seine Arbeit. Die Diakonie Hasenbergl beteiligte sich mit einem „Tag der offenen Tür" und als Konzert-Veranstaltungsort. Kirchliche Einrichtungen aus dem Stadtviertel, wie die Versöhnungskirche, die Kirche St. Peter und Paul und die Pfarrkirche St. Nikolaus boten Konzerte, Tanzveranstaltungen oder ein Sommerfest an. Im Mehrgenerationenhaus „Unter den Arkaden" fand eine Ausstellung, ein Konzert und ein Kulturbazar mit Fotos, Filmen, Musik Tanz und Trachten aus verschiedenen Kulturen statt, und in „Werner's Treff" wurden die Ludwigsfelder Open-Air-Konzerte im Rahmen der Stadtteilwoche durchgeführt.
Äußerst beliebt bei den Bürgerinnen und Bürgern waren auch die 12 verschiedenen Führungen zu den unterschiedlichsten Stadtteilthemen und -orten, bei denen man zum Beispiel bei diversen Geschichtsrundgängen etwas über die Historie des Viertels, die fünf Kirchen in Ludwigsfeld oder den Kleingartenverein NW 59 kennenlernen konnte.
Nähere Informationen zur Stadtteilwoche erteilt das Kulturreferat, Abteilung 2, Kulturelle Programme und Veranstaltungen, unter der Rufnummer 2 33-2 81 25.

Infoabende zu gemeinschaftsorientierten Wohnprojekten und Fördermitteln zur Energieeinsparung

(23.7.2009) Welche Rechtsformen und Finanzierungsmöglichkeiten für gemeinschaftsorientierte Wohnprojekte sind sinnvoll? Dies erläutert am Montag, 27. Juli, 18 Uhr, die Soziologin Heike Skok vom Verein Urbanes Wohnen im Bauzentrum München. Ein wichtiger Baustein bei der Konzeptentwicklung für ein Wohnprojekt ist die Wahl der passenden Rechtsform. Die Referentin stellt die wichtigsten Modelle vor, darunter die Wohnungseigentümergemeinschaft und die Genossenschaft sowie Sonderformen im Rahmen einer GmbH und eines Vereins. Darüber hinaus erläutert sie Kosten- und Finanzierungsbestandteile eines Projekts, deren Auswirkungen auf die späteren Miet- und Nebenkosten und die Einsparmöglichkeiten, die sich durch eine gemeinsame Hausbewirtschaftung eröffnen.
Wichtige Hinweise und Tipps, wie Fördermittel zur Energieeinsparung optimal kombiniert werden können gibt die Architektin und Energieberaterin Gesa Lenhardt bei einem Infoabend im Bauzentrum München am Mittwoch, 29. Juli, 18 Uhr. Neben der Landeshauptstadt München haben auch weitere Fördermittelgeber Änderungen in Ihren Förderprogrammen vorgenommen: Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) hat seit Anfang März neue Richtlinien und die KfW hat das Konjunkturpaket 1 umgesetzt. Für Bauherren und Investitionsträgerinnen und -träger ist die Kombinierbarkeit verschiedener Förderungen bei der finanziellen Planung energetischer Sanierungen sehr wichtig. Der Infoabend stellt die wesentli-

chen Neuerungen der drei Fördermittelgeber vor und nennt best-practice-Beispiele für Kumulationen.
Für eine individuelle Beantwortung von Fragen der Besucherinnen und Besucher steht bei beiden Infoabenden ausreichend Zeit zur Verfügung. Der Eintritt ist frei.
Die Adresse des Bauzentrums München in der Messestadt Riem ist die Willy-Brandt-Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West, von dort nur fünf Minuten ausgeschilderter Fußweg; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort umsteigen in Bus 190 bis Messestadt West; mit dem Auto über die A94, Ausfahrt München-Riem oder Feldkirchen-West, Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum München). Internet: *www.muenchen.de/bauzentrum*, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de; Telefon 50 50 85.

Kranzniederlegung am Grab von Professor Otto Hierl-Deronco
(23.7.2009) Zum 150. Geburtstag von Professor Otto Hierl-Deronco, Maler und Mitbegründer der Münchner Sezession, legt die Landeshauptstadt München am Dienstag, 28. Juli, an seiner Grabstätte 8-1-5/6 im Friedhof Neuhausen einen Kranz mit Stadtschleife nieder.
Otto Hierl-Deronco wurde 1859 in Memmingen geboren. An der Münchner Kunstakademie war er Schüler von Ludwig von Löfftz und Wilhelm von Diez. Studienreisen führten ihn nach Frankreich und England, viele Jahre hielt er sich in der Romagna auf. Prägend für sein Leben war auch die Freundschaft zu Franz von Lenbach und Franz von Stuck.1892 gehörte Hierl-Deronco zu den Mitbegründern des Vereins bildender Künstler Münchens, später Münchner Sezession genannt. 1905 erfolgte die Ernennung zum Professor an der Münchner Kunstakademie. Hierl-Deronco schuf Bildnisse aus der Münchner Gesellschaft und von berühmten Persönlichkeiten, darunter Staatsmänner und die Päpste Pius X. und Benedikt XV. Er starb am 29. Mai 1935 in München.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 23. Juli 2009

Einstellungsstop und Kündigungen bei den Münchner Verkehrsbetrieben
Anfrage Stadtrat Johann Altmann (Freie Wähler) vom 1.7.2009

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 01.07.2009 führten Sie als Begründung aus, dass nach Ihnen vorliegenden Informationen im Bereich der Busfahrer der MVG ein Einstellungsstopp ausgesprochen und sogar über 100 befristet Beschäftigten mitgeteilt wurde, dass sie sich eine andere Arbeitsstelle suchen müssen.

Die von Ihnen in diesem Zusammenhang gestellten Fragen betreffen zum Großteil Angelegenheiten, die in den operativen Geschäftsbereich der Stadtwerke München GmbH/MVG fallen. Für diese Fälle darf im Folgenden deren Antwort wiedergegeben werden:

Vorbemerkung der MVG:
„Entgegen der Annahme in der Anfrage wurde nach Abschluss des Tarifvertrags Nahverkehr Bayern (TV-N) der seinerzeit bei den SWM geltende Einstellungsstopp für den gesamten Fahrdienst wieder aufgehoben und Neueinstellungen wurden zu den mit dem TV-N gegebenen Bedingungen vorgenommen. Aktueller Anlass ist nun die Kostensituation aufgrund des aktuellen Tarifabschlusses zum TV-N."

Frage 1:
Ist diese Mitteilung über Einstellungsstop und Kündigungen richtig?

Antwort der MVG:
Die Mitteilung ist insoweit richtig, als dass derzeit im Busfahrdienst der MVG keine weiteren Fahrer eingestellt werden. Sie ist falsch hinsichtlich der übrigen (überwiegenden) Einsatzbereiche im SWM-Unternehmensbereich Verkehr einschließlich dem Schienenfahrdienst. Falsch ist auch die Behauptung, es seien Kündigungen ausgesprochen worden oder geplant, ebenso, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kündigungen bedroht seien. Unrichtig ist schließlich die Meldung, über 100 befristet Beschäftigte

müssten sich eine neue Arbeitsstelle suchen: Richtig ist, dass allen befristet Beschäftigten eine Weiterbeschäftigung beim gleichen Arbeitgeber im Schienenfahrdienst (Eignung vorausgesetzt) oder bei der MVG-Beteiligungsgesellschaft ML (Münchner Linien) angeboten wurde. Bisher haben sich über 100 Fahrer für die Weiterbeschäftigung bei der MVG ausgesprochen.

Frage 2:
Wenn ja, wie viele geplante Stellen werden damit nicht realisiert und worin ist dieses Vorgehen begründet?

Antwort der MVG:
Die Personalbedarfsplanung im Busfahrdienst ist permanenten Anpassungen und Veränderungen unterworfen, weil sich auch zahlreiche Ausgangsdaten wie Leistungsangebot, Dienstpläne, Fortbildungsbedarf, Fluktuation, Krankenstand sowie Einsatzverteilung der sog. „Kombifahrer" zwischen Bus und Schiene kontinuierlich ändern. Eine Zahlenangabe ist daher nicht möglich. Für die Dauer des Verzichts auf Neueinstellungen bedeutet dies, dass der jeweils nicht durch vorhandenes MVG-Personal gedeckte Bedarf durch Leistungen der privaten MVG-Partner abgedeckt wird. Diese Praxis ist in München seit Jahrzehnten bewährt. Richtig ist, dass sich bei länger anhaltender Nichteinstellung der Anteil der Busfahrten, die durch private Partner erbracht werden, um einige Prozentpunkte je Jahr erhöhen würde.

Begründet ist der erneute Verzicht auf Neueinstellungen im Busfahrdienst mit der Tatsache, dass nach dem jüngsten Tarifabschluss Neueinstellungen nach dem TV-N zu dauerhaft deutlich höheren Personalkosten führen würden als die Betrauung privater Partner mit den entsprechenden Leistungen. Diese Mehrkosten müssten die Fahrgäste über höhere Fahrpreise bezahlen oder aber ein eingeschränkteres Leistungsangebot hinnehmen. Mit dem TV-N war eigentlich das Gegenteil beabsichtigt und ursprünglich auch erreicht, nämlich die Möglichkeit, neue Fahrer im kommunalen Unternehmen zu – verglichen mit Privaten – gleichen Kosten einstellen zu können. Die MVG appelliert daher an die Tarifparteien, diesen, mit dem TV-N ursprünglich bereits erreichten Zustand, im Rahmen der nächsten Tarifverhandlungen wieder herzustellen. Dann können auch Neueinstellungen im Busbereich der MVG sofort wieder aufgenommen werden.

Frage 3:
Welche strategischen Ziele verfolgen die Münchner Verkehrsbetriebe im Bereich des Busbetriebes, insbesondere:

Frage 3.1:
Wie ist das Verhältnis zwischen kommunalen und extern beschäftigten Busfahrern?

Antwort der MVG:
Im Busfahrdienst der MVG sind gegenwärtig 629 Fahrer beschäftigt. Die exakte Zahl der Fahrer bei den privaten Kooperationspartnern ist der MVG nicht bekannt. Im Übrigen beschäftigt die MVG keine privaten Fahrer, sondern bestellt und vergütet Stunden- oder Tagesleistungen.

Frage 3.2:
Wie viele Busse sind insgesamt in München im Auftrag des MVV eingesetzt und wie viele davon betreiben die SWM/MVG in eigener Regie und wie viele werden durch die sogenannten "Partner im MVV" bereit gestellt.

Antwort der MVG:
Partner im MVV sind alle Verkehrsunternehmen, die mit eigenen Liniengenehmigungen eigenverantwortlich Nahverkehrsleistungen im Rahmen des Verbundsystems MVV erbringen (unabhängig davon, ob diese Leistung mit eigenen Fahrzeugen/Fahrern bzw. angemieteten Fahrzeugen/Fahrern erfolgt). Im Stadtverkehr ist dies die MVG. Hiervon zu unterscheiden sind die privaten Partner der MVG im Busbereich. Dies sind 13 mittelständische Unternehmen, die seit Jahrzehnten in dieser Funktion in München tätig sind und schon immer namhafte Anteile an der Erbringung der Busverkehrsleistung hatten. Sie sind gemeinsam mit der MVG Inhaber der Liniengenehmigungen im Stadtgebiet, haben jedoch die Betriebsführung auf die MVG übertragen. Die MVG wiederum verteilt die jeweils anstehenden Busverkehrsleistungen auf sich selbst und die genannten 13 Partner. Diese Verteilung ist einem ständigen Änderungs- und Optimierungsprozess unterworfen. Derzeit beträgt der Spitzeneinsatz im MVG-Netz 383 Busse; hiervon werden aktuell 207 Fahrzeuge von der MVG und 176 Fahrzeuge von den privaten Partnern gestellt.

Frage 3.3:
Zu welchen Tarifen und tariflichen Leistungen sind die extern tätigen Unternehmen im Vergleich zu den städtischen Betrieben verpflichtet bzw. wie sehen die ggf. tariflichen Unterschiede aus?

Antwort der MVG:
Für die Fahrer der MVG gilt der TV-N. Für die Fahrer der privaten Partner gilt der Tarifvertrag des Landesverbands Bayerischer Omnibusunternehmer (LBO). Beide Tarifverträge wurden federführend von der Gewerkschaft ver.di abgeschlossen. Die Tarife weisen strukturelle Unterschiede auf. Für den Kostenvergleich zwischen MVG und privaten MVG-Partnern sind allein die tatsächlichen Kosten je Einsatzstunde entscheidend, da letztlich auch diese aus den Fahrgeldeinnahmen erwirtschaftet werden müssen.

Die Eingangsfrage nach den strategischen Zielen beantworten wir wie folgt:
Die MVG verfolgt das strategische Ziel, den Bürgerinnen und Bürgern Münchens nachhaltig das bestmögliche Leistungsangebot, auch im Vergleich zu privaten Wettbewerbern, zu bieten. Daraus ergibt sich, dass es bei Betrauung des kommunalen Verkehrsunternehmens mit den Verkehrsdienstleistungen in der LH München nicht dauerhaft signifikante Kostennachteile gegenüber Wettbewerbern geben darf, da sonst die Bürgerinnen und Bürger diese Nachteile (Fahrpreise und/oder Leistungsangebot) zu tragen hätten. Hieran orientiert sich die MVG bei ihren Entscheidungen, welche Teilleistungen mit eigenem Personal erbracht werden können und welche Teilleistungen von Partnern eingekauft werden. Hieraus ergibt sich auch: Es gibt keine Strategie, den Busfahrdienst der MVG abzuschaffen, entscheidend sind allein die Kostenstrukturen. Sobald es wieder zu wettbewerbsfähigen Bedingungen für Neueinstellungen kommt, wie in den letzten Jahren schon einmal erreicht, kann und wird auch die MVG wieder Busfahrer neu einstellen.

Frage 4:
Inwieweit wollen die Stadtwerke – Verkehrsbetriebe – durch diese Personalreduzierung, Linien an die bereits im Münchner Raum tätige Hamburger Hochbahn bzw. andere Unternehmen abgeben?

Antwort der MVG:
Wie bereits dargestellt, handelt es sich bei den privaten Partnern, die ggf. weitere Fahrleistungen übernehmen, um mittelständische Unternehmen aus dem Raum München, die hier seit Jahrzehnten tätig und Mitinhaber der Liniengenehmigungen im Stadtgebiet sind. Dies trifft auf die Hamburger Hochbahn nicht zu.

Frage 5:
Wie sehen Sie unter diesen Aspekten weiterhin die kommunale Daseinsvorsorge im Nahverkehr als originäre Aufgabe der LH München gewährleistet?

Antwort:
Das Bestreben der LH München ist es, den Bürgerinnen und Bürgern sowie Besuchern der Stadt ein möglichst attraktives Leistungsangebot durch das eigene Verkehrsunternehmen MVG bieten zu können. Dazu muss das kommunale Verkehrsunternehmen aber auch mit wettbewerbsfähigen Kosten „produzieren" (können), da sonst letztlich die Bürgerinnen und Bürger die Nachteile bei den Fahrpreisen bzw. beim Leistungsangebot zu tragen hätten. Deshalb wurde die SWM – Unternehmensbereich Verkehr in den letzten zehn Jahren einem umfassenden Restrukturierungsprozess unterzogen, der signifikante Kostenreduzierungen erbracht hat. Hiervon profitiert das Nahverkehrsangebot in München erheblich. Kostenoptimierung ist aber keine einmalige Aktion, sondern eine dauerhafte Anforderung. Hierbei muss bei der MVG – wie bei jedem anderen Unternehmen – immer wieder entschieden werden, welche Teilleistungen mit eigenem Personal erbracht werden können und sollen bzw. welche Teilleistungen von Partnern einzukaufen sind. Gerade diese kontinuierliche Kostenkontrolle und -optimierung gewährleistet eine bestmögliche Sicherung der Daseinsvorsorge im öffentlichen Nahverkehr.

Flüsterasphalte
Anfrage Stadtrat Christian Müller (SPD) vom 10.3.2009

Antwort Baureferentin Rosemarie Hingerl:

Zu Ihrer Anfrage vom 10.03.2009 nimmt das Baureferat wie folgt Stellung:

In Ihrer Anfrage führen Sie aus: Die belastenden Folgen von Straßenlärm für die Anliegerinnen und Anlieger sind inzwischen weitgehend bekannt. Immer häufiger wird über die vermeintliche oder reale Möglichkeit diskutiert, diesen Lärm mittels sog. „Flüsterasphalte" zu verringern. Erst in der vergangenen Woche hat das Bayerische Umweltministerium eine Pressemitteilung herausgegeben, in der es u.a. heißt: „Ob Autobahn, Bundesstraße oder Innenstadt, der 2003 erstmals in Deutschland eingebaute offenporige Asphalt in zweischichtiger Bauweise (ZWOPA) verringert den Lärm um 80 Prozent und mehr". Das bedeutet: „Zehn Autos sehen, aber nur zwei hören".

Frage 1:
In welchen Bereichen und auf welchen Straßen wurde sog. „Flüsterasphalt" bisher verwendet? Welche Wirkungen sind daher bekannt?

Antwort:
Der sogenannte Flüsterasphalt wird nach einem Schreiben des Bayerischen Landesamtes für Umwelt vom 16.01.2008 an das Baureferat mittlerweile auf Bundesautobahnen als zweischichtiger offenporiger Asphalt (2-OPA oder ZWOPA) eingesetzt. Akustische Messungen belegen, dass diese zweischichtigen offenporigen Asphalte aufgrund des großen Hohlraumgehaltes und großen akustisch wirksamen Schichtdicke pegelmindernde Eigenschaften aufweisen.

Des weiteren teilte das Landesamt mit, dass „im Rahmen von Pilotprojekten im August 2003 auf der Bundesstraße B 17 in Augsburg und 2005 auf der Westlichen Ringstraße in Ingolstadt ein zweischichtiger offenporiger Asphalt eingebaut wurde... Gegenwärtig werden diese Streckenabschnitte innerhalb eines bautechnischen und akustischen Monitorings beobachtet."

Frage 2:
Welche Lärmminderungen lassen sich feststellen? Wie realistisch kann eine Verringerung der Lärmbelastung in der Innenstadt um 80 % oder mehr herbeigeführt werden?

Antwort:
Lärmminderungsmaßnahmen an den Fahrzeugen selbst haben die Antriebsgeräusche in den letzten Jahren so sehr verringert, dass diese nur noch beim Anfahren, Beschleunigen und bei niedrigen Geschwindigkeiten pegelbestimmend sind. Bei ca. 50 km/h sind Antriebs- und Rollgeräusche etwa gleich stark, bei höheren Geschwindigkeiten dominieren die Rollgeräusche.
Die erzielbare Pegelreduzierung durch lärmmindernde Beläge ist daher in erster Linie von der gefahrenen Geschwindigkeit abhängig. Laut dem vom Bayerischen Landesamt für Umwelt herausgegebenen Leitfaden für das Aufbringen zweischichtiger offenporiger Asphalte soll der sogenannte Flüsterasphalt den Emissionspegel bei 50 und 100 km/h mindestens um 5 bzw. um 8 dB(A) mindern. Die Anfangsminderung kann bei höheren Geschwindigkeiten 9 dB(A) und mehr betragen.
Das Bayerische Staatsministerium des Innern stellt in einem Schreiben vom 20.10.2008 jedoch fest, dass bei ***Innerortsstraßen*** "endgültige belastbare Aussagen über die dauerhaften pegelmindernden Eigenschaften der zweischichtigen offenporigen Asphalte (ZWOPA) noch nicht vorliegen".

Frage 3:
Gibt es bisher belastbare Ergebnisse auf innerörtlichen Straßen? Wie setzt sich der Lärm dort zusammen (Motoren-, Brems-, Fahrgeräusche)?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 2.

Frage 4:
Wie teuer sind „Flüsterasphalte" in Verarbeitung und Unterhalt?

Antwort:
Aus den veröffentlichten Daten kann beim Einsatz von zweischichtigen offenporigen Asphalt von einer Erhöhung der Herstellungskosten um das Vier- bis Sechsfache im Vergleich zu herkömmlichen Bauweisen ausgegangen werden. Auch beim Unterhalt entstehen insbesondere höhere Kosten durch zusätzlichen Reinigungs- und Salzstreuaufwand. Hier sind Werte veröffentlicht, die eine Kostensteigerung von bis zu
50 % angeben.

Frage 5:
Welche weiteren Wirkungen von Flüsterasphalt sind bisher bekannt? Lässt sich dadurch eine schnellere Versickerung von Regenwasser erreichen? Sind höhere Werte an Feinstaub zu erwarten?

Antwort:
Lärmmindernde Asphalte sind unter den Aspekten der Lärmminderung konzipiert. Eine schnellere Versickerung von Regenwasser wird nicht erreicht, ob höhere Werte an Feinstaub zu erwarten sind, ist nicht bekannt.

Frage 6:
Wie schätzen die zuständigen Fachleute des Freistaates den derzeitigen Stand der Technik ein? Ist das Umweltministerium hier die fachliche Behörde?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 2.
Mit dem Einsatz von lärmminderndem Asphalt befassen sich die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, sowie das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit mit seinem Landesamt für Umweltschutz.

Frage 7:
Welche Erfahrungen hat die Stadt München bisher gemacht?

Antwort:
Erste Versuche, allerdings mit einschichtigem Flüsterasphalt, wurden Ende der 80er Jahre in der Verdistraße ohne Erfolg durchgeführt. In den darauf folgenden Jahren mussten mehrmalige Sanierungsmaßnahmen, d.h. die Erneuerung des kompletten Straßenbelags, erfolgen.

Frage 8:
Laut Umweltministerium schließt das Konjunkturprogramm II der Bundesregierung ausdrücklich Maßnahmen zur Lärmsanierung an kommunalen Straßen mit ein. Welche Wirkungen sind auf die Stadt München zu erwarten?

Antwort:
Die lärmmindernden Beläge, die hier eingesetzt werden sollen, sind innovative Bauweisen für den Stadtstraßenbau wie z. B. Dünnschichtbeläge (DSH-V). Die lärmmindernden Beläge werden entsprechend der seitens

des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Umwelt formulierten technischen Kriterien (z. B. Fahrbahnbeläge) ausgeführt. Im Rahmen des von der Regierung von Oberbayern bewilligten Konjunkturpakets II führt das Baureferat in den Jahren 2009 und 2010 jeweils drei Lärmsanierungsmaßnahmen durch Aufbringung von lärmmindernden Straßenbelägen durch: Bereits in den Sommerferien 2009 finden entsprechende Lärmsanierungsmaßnahmen in der Chiemgaustraße, der Fürstenrieder Straße und der Moosacher Straße statt. Im Jahr 2010 werden drei weitere Maßnahmen in der Orleansstraße, der Landsberger Straße und der Wasserburger Landstraße durchgeführt.

Die Anlagen können im Presse- und Informationsamt angefordert oder online im Ratsinformationssystem unter dem Link „Stadtrat" auf www.muenchen.de/rathaus abgerufen werden.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 23. Juli 2009

Werbekampagne für Erzieher
Stadt München veranstaltet einen „Boys' Day"
Antrag Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt, Dr. Manuela Olhausen, Ursula Sabathil und Josef Schmid (CSU)

Vom Donner gerührt: oder wenn die Stadt plötzlich 22.000 Euro von Dir will
Anfrage Stadtrat Dr. Georg Kronawitter (CSU)

Bessere schulpsychologische Versorgung an beruflichen Schulen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Jutta Koller, Sabine Krieger und Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen)

Rascher Aufbau einer Infrastruktur für Elektromobilität
Antrag Stadträtin Mechthild von Walter (ÖDP)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Mechthild von Walter; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Thomas Hummel; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Josef Schmid Beatrix Burkhardt Ursula Sabathil Dr. Manuela Olhausen

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
23.07.09

Werbekampagne für Erzieher
Stadt München veranstaltet einen „Boys‘ Day“

Die Landeshauptstadt München führt an allen städtischen Kindertagesbetreuungseinrichtungen einen „Boys‘ Day“ analog dem „Girls’ Day“ durch, um die Aufmerksamkeit von jungen Männern auf Berufe in der Kindererziehung zu lenken.

Interessierten Besuchern wird die Teilnahme an einem „Schnupperpraktikum“ geboten.

Begründung:

Trotz der bisherigen Erfolge bei der Personalgewinnung von Erzieherinnen durch die Werbekampagne ist die mittel- bis langfristige Deckung des Personalbedarfs noch lange nicht erreicht. Vielmehr gibt es aktuell wieder einen Rückgang der Bewerbungen.

Hauptamtliche und qualifizierte Kinderbetreuung ist immer noch eine Frauendomäne. Ganz selten lassen sich jungen Männer zum Erzieher oder Kinderpfleger ausbilden. Deshalb muss versucht werden, dieses Potential besser auszuschöpfen. Da viele junge Väter auch bereit sind, zugunsten der Elternzeit eine befristete berufliche Auszeit zu nehmen, sind die Chancen für die Gewinnung von jungen Männern als Erzieher heute höher einzuschätzen, als noch vor einigen Jahren.

Neben dem Aspekt der Personalgewinnung hat eine Zunahme von Männern in den erzieherischen Berufen auch einen pädagogischen Hintergrund.

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

gez.
Ursula Sabathil, Stadträtin
stv. Fraktionsvorsitzende

gez.
Beatrix Burkhardt
Stadträtin

gez.
Dr. Manuela Olhausen
Stadträtin

CSU-Stadtratsfraktion, Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de

Dr. Georg Kronawitter

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus-Marienplatz

80331 München

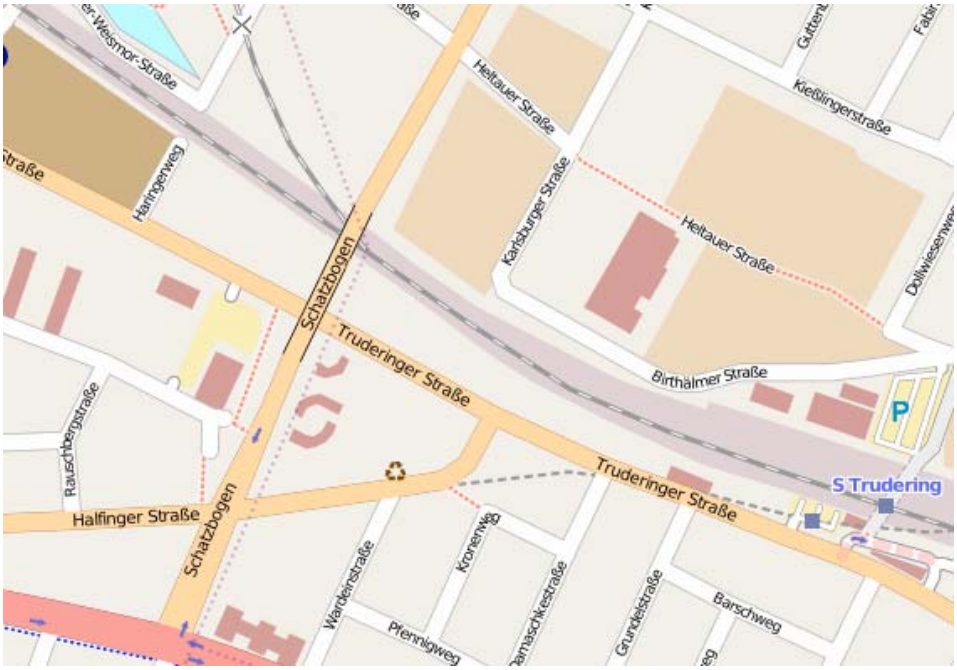
Anfrage
23.07.09

Vom Donner gerührt: oder wenn die Stadt plötzlich 22.000 Euro von Dir will

Dieser Anfrage liegt folgender Sachverhalt zugrunde: zwei kleinere Handwerksbetriebe haben 2001 von der Deutschen Bahn in einem bahnnahen Geländestreifen entlang der Truderinger Straße zwei Grundstücke für ihre Betriebe gekauft.

Mitte Juni 2009 bekommen beide Grundstückeigentümer vom städtischen Baureferat einen „Erschließungsbeitragsbescheid“ über 22.496,63 € bzw. 9.221,47 € . Dieser Bescheid trifft - 8 Jahre nach dem Grundstückskauf – beide Handwerksbetriebe wie der Blitz aus heiterem Himmel, denn weder dem Voreigentümer (Bahn) noch dem Notar war bekannt, dass es noch offene Erschließungsbeiträge gibt.

Der 6-seitige Bescheid selbst enthält auf der letzten Seite für den Laien eher kryptische Hinweise, dass schon für die südliche Straßenseite 1986 (!) und 1991 Bescheide erlassen worden seien, aber erst Ende 2007 die nördliche Straßenseite vom Planungsreferat als „Innenbereich“ beurteilt worden sei.



Damit ist klar, dass 2001 die ausstehenden Erschließungsbeiträge kein Thema sein konnten, weil außer der Stadt selbst niemand davon wusste. Auf Nachfragen wurde auch bekannt, dass es das Baureferat unterlassen hat, die Betroffenen frühzeitig vor

der eigentlichen Bescheiderstellung am 22. Juni 2009 auf die geänderte rechtliche Situation hinzuweisen und ihnen eine entsprechende Liquiditätsplanung zu ermöglichen.

Das Baureferat hat sich – offenkundig nicht nur in diesem Fall – auf den Justament-Standpunkt zurückgezogen, dass es gesetzlich nur verpflichtet ist, einen rechtsgültigen Bescheid mit vierwöchigem Zahlungsziel zu erstellen – basta. Hierzu passt, dass ein Betroffener bei einer telefonischen Rückfrage, wie sich die Stadt das so vorstelle, die ausgesprochen bürgerfreundliche Antwort bekommen hat, das sei sein Problem.

Dass dies in der jetzigen wirtschaftlichen Lage besonders ärgerlich ist, versteht sich von selbst.

Vor diesem Hintergrund frage ich deshalb den Oberbürgermeister:

1. Wie oft und wann wurde das nördliche Areal durch das Planungsreferat seit Herstellung der Truderinger Straße ca. 1985 planungsrechtlich beurteilt und warum wurde erst 2007 die Beurteilung in „Innenbereich“ getroffen? Spielte hier die Tatsache eine Rolle, dass das Gelände vorher der Deutschen Bahn bzw. Bundesbahn gehörte?

2. Wieviele von der nachträglichen Erschließungsbeitragsfestsetzung Betroffene gibt es im fraglichen Abschnitt der Truderinger Straße (nördlich) zwischen Grundelstraße und Haringerweg?

3. Gibt es in der Umgebung noch weitere Areale, die aus bauplanungsrechtlichen Gründen noch keinen Erschließungskostenbescheid bekommen haben, obwohl eine beitragsfähige Maßnahme bereits abgeschlossen ist?

4. Wann wurde die beitragsfähigen Maßnahme im fraglichen Bereich faktisch abgeschlossen? Vor 1986?

5. Inwiefern ist im vorliegenden Fall nicht die vierjährige Festsetzungsfrist schon längstens abgelaufen? Ist die planungsrechtliche Bewertung des fraglichen Areals als Außenbereich bis Ende 2007 ein hinreichender Grund, den Fristablauf zu stoppen? Wie setzt sich in so einem Fall die Festsetzungsfrist zusammen?

6. Warum hat die Stadt München nicht nach der Änderung der städtebaulichen Einordnung des fraglichen Gelände als Innenbereich und somit nach städtischer Sicht nach dem Eintritt der Forderungsbegründung alle Betroffenen auf die drohenden Bescheide und ihre voraussichtliche Höhe hingewiesen?

7. Ist der Oberbürgermeister bereit, durch eine Dienstanweisung derartige Härtefälle durch frühzeitige Unterrichtung zu mildern oder gar zu vermeiden?

8. Besteht die Bereitschaft, derartig überfallartig mit einem nicht zu erwartenden Bescheid in fünfstelliger Höhe konfrontierten Grundeigentümern von vorneherein durch eine angemessene Zahlungsfrist bzw. Stundungsmöglichkeit entgegenzukommen?

gez.
Dr. Georg Kronawitter, Stadtrat

Quelle
www.openstreetmap.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, 23.07.2009

Bessere schulpsychologische Versorgung an beruflichen Schulen

Antrag

Das Schul- und Kultusreferat wird gebeten darzustellen, mit welchen Maßnahmen die schulpsychologische Versorgung an den beruflichen Schulen schrittweise verbessert werden kann. Dabei müssen die vorzuschlagenden Maßnahmen aus dem Etat des Schulreferats bzw. durch Kooperationen mit Kammern, Stifungen o.ä. finanziert werden.

Begründung:

Anlässlich des entsetzlichen Amoklaufs an einer Schule in Winnenden am 11.03.2009, bei der ein 17-Jähriger 15 Menschen erschoss, haben wir eine Anfrage zu schulischen Präventionsmaßnahmen durch schulpsychologische und sozialpädagogische Fachkräfte gestellt (Anfrage vom 12. März 2009: „Prävention in Schulen – durch schulpsychologische und sozialpädagogische Fachkräfte“).

In der Antwort wurde deutlich gemacht, „dass die schulpsychologische Versorgung an den beruflichen Schulen im Vergleich zu den anderen städtischen Schulen und der KMK-Empfehlung sehr gering und nicht bedarfsgerecht ist“.
Die Empfehlung der Kultusministerkonferenz (KMK) sieht ein Verhältnis von 1 zu 5.000 – eine Vollzeitschulpsychologin/ein Vollzeitschulpsychologe für 5.000 Schülerinnen und Schüler – vor; die Weltgesundheitsorganisation (WHO) sieht ein Verhältnis von 1 zu 2.500 vor. Im Bereich der beruflichen Schulen kommt statistisch gesehen jedoch eine Vollzeitstelle auf 40.838 Schülerinnen und Schüler.
Gerade in einer biografisch sensiblen Phase am Übergang von Schule und Beruf sowie im Bereich der beruflichen Ausbildung ist schulpsychologische Begleitung wichtig und kann etwa Ausbildungsabbrüche reduzieren.

Es wurde in der Antwort auf unsere Anfrage weiterhin ausgeführt, dass aufgrund dieses Defizits die „Fachabteilung berufliches Schulwesen [...] für die beruflichen Schulen“ anstrebt, „an jedem Schulstandort dezentral eine schulpsychologische Betreuung zu erreichen“.
Wir bitten darum, genauer darzustellen, mit welchen Mitteln und mit welchen Zeitplan dieses Ziel erreicht werden soll.

Fraktion Die Grünen – rosa liste

Initiative:
Dr. Florian Roth, Stadtrat; Jutta Koller, Stadträtin; Sabine Krieger, Stadträtin

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene.rosaliste-fraktion@muenchen.de

Politik, die aufgeht. **ödp.**

ödp. Mechthild v. Walter, M.A., Klugstraße 38, 80638 München

Herrn Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

23. Juli 2009

Antrag

Rascher Aufbau einer Infrastruktur für Elektromobilität

Die Landeshauptstadt München sorgt für einen möglichst raschen Aufbau der notwendigen Infrastrukturen für öffentliche Ladestationen für elektrisch angetriebene Fahrzeuge.

Begründung:

Die Bundesregierung hat im Rahmen des zweiten Konjunkturpaketes die Förderung der Elektromobilität zu einem absoluten Schwerpunkt gemacht. Auch andere Länder sowohl im EU-Raum (z. B. Frankreich und Großbritannien) wie auch weltweit (vor allem China) sehen den Elektroantrieb als bedeutende Zukunftstechnologie und unterstützen eine Markteinführung durch massive staatliche Fördermaßnahmen.

Elektromobilität stellt zwar nur einen Baustein dar auf dem Weg zu einer nachhaltigeren Mobilität, doch hilft sie grundsätzlich, die Importabhängigkeit von den endlichen Ressourcen Erdöl und Erdgas nach und nach zu reduzieren, Lärm- und Schadstoff-Emissionen in den Städten zu senken, sowie je nach eingesetztem Energie-Mix einen Beitrag zur CO_2-Reduzierung zu leisten. Der Ausbau der Elektromobilität soll vorrangig mit Hilfe der erneuerbaren Energien betrieben und durch mehr Energieeffizienz an anderen Stellen ermöglicht werden.

Ulrich Kasparick, Staatssekretär im Verkehrsministerium, hat kürzlich eine Million Elektroautos bis 2020 als machbar bezeichnet, dabei aber auf die große Herausforderung für Stadtplaner verwiesen, die Infrastrukturen für öffentliche Ladestationen aufbauen müssten.

Deutschlands Autobauer und Energieunternehmen haben sich nun im April 2009 auf einheitliche Stecker für elektrisch angetriebene Fahrzeuge geeinigt und damit einen wichtigen Schritt hin zu Investitions- und Planungssicherheit getan. In der Folge werden nun öffentliche Strom-Ladestationen für elektrische Autos und Roller geplant, erste Stationen sogar schon in Betrieb genommen.

Politik, die aufgeht. **ödp.**

Bereits erhältlich am Markt sind Elektroroller und Elektroleichtfahrzeuge (z.B. TWIKE, City-EL), aber auch der erste Kleintransporter des innovativen Herstellers EcoCraft Automotive in Wunstorf bei Hannover, der hierfür noch im Juli 2009 im Rahmen der Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ ausgezeichnet wird. Bei PKWs wollen erste Hersteller ab 2011 leistungsstarke, bedienungsfreundliche und erschwingliche Elektrofahrzeuge und Plug-In-Hybride am Markt anbieten. Die Bereitstellung einer entsprechenden und leistungsfähigen Infrastruktur stellt sicherlich eine längerfristige Aufgabe dar, weshalb sich Kommunen ab sofort mit dieser Thematik beschäftigen sollten.

Jedenfalls sollte München spätestens ab 2011 eine nennenswerte Zahl öffentlicher Ladestationen anbieten, die vor allem auf den Park-and-Ride-Parkplätzen installiert werden sollten. Für den weiteren Ausbau eignen sich daneben Tiefgaragen, in denen zumindest technische Voraussetzungen für einen raschen und bedarfsorientierten Aufbau von „Stromtankstellen“ geschaffen werden können. Ein entsprechender Hinweis der Stadtwerke München an die Besitzer von großen Tiefgaragen wäre sinnvoll.

Mechthild v. Walter
Stadträtin

Ökologisch-Demokratische Partei
im Münchner Rathaus
Mechthild v. Walter, M.A.,Stadträtin
Klugstraße 38, D-80638 München
Telefon 089-15 39 87, Fax15 12 63
mechthild.von-walter@muenchen.de
www.oedp-muenchen.de